

Tadschikistan auf dem Weg in den Totalitarismus

Andrea Schmitz

Im Schatten der anhaltenden Gewalt in Afghanistan auf der einen und der überraschenden politischen Öffnung Usbekistans auf der anderen Seite gewinnt in Tadschikistan ein totalitäres System Kontur, das ganz auf die Person des Präsidenten ausgerichtet ist. Neben rechtlichen und personalpolitischen Maßnahmen kommt dabei der ideologischen Propaganda zentrale Bedeutung zu. Diese hat zwei Komponenten: die Stilisierung Präsident Emomali Rahmons zum Friedensbringer und Garanten der nationalen Einheit und die Etablierung eines Kanons »nationaler« Werte und Verhaltensnormen, mit dem die soziale und weltanschauliche Homogenität der Bevölkerung sichergestellt werden soll. Zur Verfestigung der Herrschaftsideologie trägt das Feindbild des Islamismus entscheidend bei, während Überwachung und Sanktionierung Verhaltenskonformität in der Bevölkerung erzwingen.

Anders als in den zentralasiatischen Nachbarrepubliken wurde die staatliche Konsolidierung Tadschikistans nach dem Zerfall der Sowjetunion durch einen Bürgerkrieg (1992 – 1997) unterbrochen. Dieser stellt nach wie vor einen bedeutenden Referenzpunkt für das politische Handeln der postkommunistischen Elite um Präsident Emomali Rahmon dar, dem der Krieg zur Macht verholfen hat. Durch das 1997 zwischen Rahmon und der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) geschlossene, von externen Akteuren vermittelte Friedensabkommen war er dazu gezwungen worden, die ehemaligen Gegner an der Macht zu beteiligen. Besondere Bedeutung kam dabei der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIW) zu, die während des Krieges

die stärkste Gruppe innerhalb der oppositionellen Allianz gewesen war und sich danach neu organisiert hatte. Die PIW stand für eine säkulare und demokratische politische Ordnung auf der Grundlage muslimischer Wertvorstellungen. In dem von Armut geprägten Land, dessen wirtschaftliches Überleben von der Arbeitsmigration und von Krediten externer Geldgeber abhängt, hatte die PIW ihren Rückhalt vor allem unter konservativ-religiös orientierten und ökonomisch marginalisierten Akteuren. Mit ihrem Einzug ins Parlament im Jahr 2000 entwickelte sich die PIW zur stärksten oppositionellen Kraft des Landes. Nach eigenen Angaben zählte sie 2014 rund 40 000 aktive Mitglieder.



Ausschaltung der Opposition

Präsident Rahmon, dessen Anhänger in der Volksdemokratischen Partei (VDP) organisiert sind – de facto die Nachfolgeorganisation der sowjetischen Kommunistischen Partei –, sah sich nach dem Ende des Bürgerkriegs immer weniger an die Friedensvereinbarung gebunden. In den Folgejahren wurden die in den Staatsapparat integrierten früheren Warlords, aber auch politische Unternehmer, die es wagten, die Macht des amtierenden Präsidenten herauszufordern, sukzessive kaltgestellt.

Die PIW war davon nicht ausgenommen. Indem sie Korruption und Machtmissbrauch von Vertretern der Führungselite offen anprangerte und gute Regierungsführung im Einklang mit islamischen Grundüberzeugungen anmahnte, forderte sie den Machtanspruch der Staatsführung in besonderem Maße heraus. Solange aber der Status der Partei als legale politische Kraft durch die Verfassung geschützt und sie zudem, wenn auch nur mit wenigen Sitzen, im Parlament vertreten war, sah das Regime keine Möglichkeit, die PIW mit legalen Mitteln aus der politischen Arena zu vertreiben. Zudem war ihre Existenz für das Image Tadschikistans als eines an demokratischen Prinzipien orientierten Landes innen- wie außenpolitisch durchaus nützlich. Daher setzte das Regime vor allem darauf, der PIW durch Rufschädigung und Repressalien den Rückhalt zu entziehen. Bei den Parlamentswahlen im März 2015, bei denen es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten kam, verfehlte die PIW den Einzug ins Abgeordnetenhaus. Seither sind dort nur regimetreue Kräfte vertreten. Wenige Monate später wurde der Partei die Registrierung entzogen, ihre Strukturen wurden zerstört und führende Mitglieder verhaftet.

Im September 2015 genügte dem Regime dann ein Vorwand, um die PIW zu einer terroristischen Vereinigung zu erklären. In der Folge setzte eine erbarmungslose Jagd auf die Parteimitglieder und deren Familienangehörige ein, die bis heute andauert und auch auf die ins Ausland geflüchteten Parteiaktivisten ausgreift.

Konsolidierung der Alleinherrschaft

Die Ausschaltung der politischen Opposition durch den konzertierten Einsatz der staatlichen Organe war begleitet von rechtlichen und personalpolitischen Maßnahmen, die die Alleinherrschaft des Präsidenten und seiner Familie institutionell verankern. Bald nach der Zerschlagung der PIW, im Dezember 2015, verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das Präsident Rahmon lebenslange Immunität vor Strafverfolgung sichert. Dasselbe Gesetz schrieb vor, dass der Präsident fortan bei offiziellen Anlässen, so auch im staatlichen Fernsehen, als »Führer der Nation« (*Peshvoi Millat*) anzusprechen sei. Außerdem sei bei der Nennung seines Namens das Attribut »Begründer des Friedens und der nationalen Einheit« zu verwenden. Wenig später, im Mai 2016, sicherte sich Rahmon per Volksabstimmung einen unbegrenzten Verbleib an der Macht, indem die Begrenzung auf zwei Amtszeiten exklusiv für den amtierenden Präsidenten aufgehoben wurde. Gleichzeitig wurde das Mindestalter für das höchste Staatsamt von 35 auf 30 Jahre gesenkt. Dies würde es dem Sohn Rahmons, Rustam Emomali (30), ermöglichen, bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 zu kandidieren.

Rustam Emomali, seit Januar 2017 Bürgermeister der Hauptstadt Duschanbe, hatte bereits zuvor strategisch wichtige Positionen – die des Leiters der staatlichen Zollbehörde und (ab 2015) der staatlichen Antikorruptionsagentur – bekleidet. Auch andere Mitglieder der Präsidentenfamilie haben hochrangige Ämter in der staatlichen Administration inne. Ozoda Rahmon, die älteste Tochter des Präsidenten, ist Senatorin im Oberhaus des Parlaments und seit Januar 2016 Stabschefin des Präsidenten. Ihr Ehemann, Jamoliddin Nuraliev, ist Erster Stellvertretender Vorsitzender der Nationalbank und vertritt sein Land im Gouverneursrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Wieder andere Familienmitglieder kontrollieren lukrative Unternehmen.

Die Anhäufung von politischer und ökonomischer Macht in der Familie des Staatsoberhauptes ist kein Spezifikum Tadschikistans. Auch in den Nachbarrepubliken gibt es eine mehr oder weniger starke Tendenz zu dynastischer Herrschaftssicherung und auch dort ist die im Amt erworbene Macht durch institutionelle Mechanismen verfestigt worden. Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajev etwa kann sich kraft einer im Jahr 2007 beschlossenen Verfassungsänderung ebenfalls beliebig oft zur Wahl stellen. Auch ihm hatte das Parlament (im Jahr 2010) den Titel eines »Führers der Nation« (*Elbasy*) verliehen und den Vorgang an die Verabschiedung eines Gesetzes gekoppelt, das dem Träger des Titels lebenslange Immunität garantiert.

Personenkult

Die öffentlich inszenierte Verehrung des Staatsoberhauptes ist im postsowjetischen Zentralasien fester Bestandteil der Repräsentation von Macht. Der Personenkult um den tadschikischen Präsidenten nahm mit seiner Erhebung zum »Führer der Nation« jedoch Ausmaße an, die bislang eine Besonderheit Turkmenistans zu sein schienen. Dort hatte sich bereits in den 1990er Jahren unter Präsident Saparmurat Nijazov ein totalitäres, alle gesellschaftlichen Bereiche erfassendes Herrschaftssystem herausgebildet, das bis heute fortbesteht. Tadschikistan scheint sich nun, nachdem das Friedensabkommen von 1997 aufgekündigt ist und mit ihm der politische Pluralismus abgeschafft wurde, in eine ähnliche Richtung zu transformieren.

In den staatlichen Medien ist Präsident Rahmon omnipräsent und in den Bildungseinrichtungen des Landes ist die Verehrung des »Führers der Nation« in Wort und Bild tägliches Ritual. Durchwegs wird dabei ein Narrativ kultiviert, das die Staatsführung seit dem Bürgerkrieg gegen andere, differenziertere Darstellungen ins Feld führt: In dieser Erzählung erscheint Präsident Rahmon als Friedensbringer, der das Vaterland dank seiner überragenden Fähigkeiten aus dem Bürgerkrieg gerettet und die nationale

Einheit wiederhergestellt habe. Das Feindbild der PIW ist für die Dramaturgie dieser Erzählung von erheblicher Bedeutung. Die Partei wird zum gefährlichen Gegner stilisiert, der, selbst noch aus dem Exil und im Bunde mit islamistischen Terroristen, das Land spalten, Frieden und Stabilität untergraben und einen neuen Bürgerkrieg anzetteln will. Folgerichtig wird das Feindbild immer wieder reaktiviert – obwohl die PIW seit 2015 in Tadschikistan politisch keine Rolle mehr spielt.

Relativierungsversuche, gar Zweifel am offiziellen Narrativ werden als Angriff auf die staatliche Integrität gewertet, wie das Vorgehen gegen unabhängige Medien zeigt. So musste die Wochenzeitung *Nigoh* (»Blick«), die regelmäßig analytische Beiträge zu sozialen und politischen Themen lieferte, den Druck im November 2016 einstellen. Auch andere Medien, Websites und soziale Netzwerke, die Kritisches verbreiteten, werden immer wieder in ihrer Arbeit behindert bzw. ganz gesperrt.

Propaganda

Die Verherrlichung des Präsidenten wird aber nicht nur durch Sanktionen gegen all jene erzwungen, die es an Begeisterung fehlen lassen. Mindestens ebenso bedeutsam für die Verinnerlichung der Folgebereitschaft ist die aktive Propaganda durch hohe Staatsdiener, Akademiker und Kulturschaffende. So wurden anlässlich der Einrichtung eines neuen, dem Präsidenten gewidmeten Feiertags im November 2016 an allen höheren Bildungsstätten des Landes Aufsatzwettbewerbe zum Thema »Die Jugend folgt dem Führer der Nation« veranstaltet. Die staatlichen Fernsehkanäle strahlten einen Dokumentarfilm über Präsident Rahmon aus, der den Titel »Ein Mann der Vorsehung« trägt. Ein Theaterstück (»Der Auserwählte«) wurde ihm gewidmet und der Innenminister publizierte in der Wochenzeitung *Tojikiston* eine im klassischen Versmaß Rubā'ī gehaltene Ode an den Präsidenten, der den Tadschiken »von Gott gesandt« (*pajgomi Jazdonī*) worden sei.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2019
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364
doi: 10.18449/2019A06

Auch der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitskomitees griff in der Zeitung *Jumhuriyat*, die vor allem von Staatsbediensteten gelesen wird, das Thema auf.

Derartige Gesten als folkloristische Bizarrieren abzutun, hieße ihre politische Signalwirkung zu unterschätzen. Denn mit solchen Sprechakten hochrangiger Staatsdiener werden implizit Verhaltensmaximen formuliert, die sich sowohl an die Mitarbeiter in den staatlichen Behörden als auch an die breite Öffentlichkeit richten. Tatsächlich schrieb die Zeitung *Tojikiston* ein Jahr nach der Publikation der denkwürdigen Verse des Innenministers einen Preis für das beste Gedicht über das Land und seinen Führer aus, und auch das lyrische Opus des Ministers selbst machte Schule: Es wurde im Jahr 2017 von einem in Tadschikistan berühmten Popquartett vertont und als Video-Clip ins Netz gestellt. Auch andere Popstars des Landes preisen in den immer gleichen suggestiven Bildern die Errenschaften des »Führers der Nation« und erreichen damit ein breites Auditorium.

Identitätspolitik

Eine zentrale Rolle bei dem Bemühen der staatlichen Elite, in Tadschikistan eine sozial und weltanschaulich homogene Gesellschaft zu schaffen spielt die Einhegung des Islams. Nicht nur der Erfolg der gemäßigten PIW, auch die Propaganda diverser extremistischer Gruppierungen hatte gezeigt, dass der Islam in Tadschikistan ein bedeutendes Potential für politische Mobilisierung birgt. Dieses einzudämmen ist folglich ein prioritäres Ziel der staatlichen Politik.

Zwei Komponenten sind dabei maßgeblich: Zum einen sollen durch strikte Beaufsichtigung der Moscheen und des religiösen Personals ein politisch konformer Staatsislam geschaffen und der öffentliche Raum von allen sichtbaren Zeichen religiöser Praxis befreit werden. Zum anderen wird ein Kanon »nationaler« Werte und darauf aufbauender Verhaltensvorschriften etab-

liert, die tief in den Alltag der Bevölkerung eingreifen.

So werden vor allem das Tragen des Hijabs und die Barttracht als »kulturfremd« stigmatisiert. Im Zuge einer »Antiradikalisierungskampagne« wurde Männern unter Aufsicht der Polizei der Bart abrasiert; Frauen im Hijab wurden öffentlich aufgefordert, auf das Tragen dieses Kleidungsstücks zu verzichten. Das Kulturministerium gab im April 2018 eine 367 Seiten starke Richtlinie für den Kleidungsstil der tadschikischen Frau heraus, die zwar nicht gesetzlich bindend ist, aber doch einen beträchtlichen Konformitätsdruck erzeugt. Auch mit sprachpolitischen Mitteln wird versucht, Fremdeinflüsse zu eliminieren. So wurden Ortschaften mit russischen Namen umbenannt und die slawische Endung der Familiennamen gilt als unerwünscht. Auch die beliebten arabischen Namen für Neugeborene sind tabu. Stattdessen wird empfohlen, den Kindern tadschikische Namen zu geben.

Das Gesetz über die Regelung traditioneller Praktiken und Feste wurde 2017 und 2018 durch Zusätze ergänzt, die die Bürger nunmehr verpflichtet, bei Beschneidungsfesten, Hochzeiten und Begräbnissen auf muslimische Symbolik zu verzichten, den Kreis der Gäste auf die engeren Verwandten zu beschränken und von exzessiven Ausgaben abzusehen. Auch Geburtstage dürfen nur innerhalb der Familie gefeiert werden. Prominente sind von dieser Regel nicht ausgenommen. Verstöße werden konsequent geahndet und können bei Staatsangestellten zur Entlassung führen.

Mit solch massiven Eingriffen in das Privatleben der Bürger, der Beseitigung des politischen Pluralismus und der ideologischen Mobilisierung nimmt der tadschikische Staat, gestützt durch die ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen zahlreicher externer Akteure, zunehmend totalitäre Züge an. Die europäische Politik, die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien in Tadschikistan Geltung verschaffen will, sollte sich darauf einstellen, dass dies in Zukunft noch schwieriger wird.

Dr. Andrea Schmitz ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien.